



Universiteit
Leiden
The Netherlands

Aufstieg in die erste Welt oder Abstieg in die dritte? Zur aktuellen Entwicklung in Russland

Kort, J.F. de; Fuhrmann, N.; Schmoly, E.; Singh, Sud R.S.

Citation

Kort, J. F. de. (2003). Aufstieg in die erste Welt oder Abstieg in die dritte? Zur aktuellen Entwicklung in Russland. In N. Fuhrmann, E. Schmoly, & S. R. S. Singh (Eds.), *Gegen den Strich. Ökonomische Theorie und politische Regulierung* (pp. 177-185). München und Mehring: Rainer Hampp Verlag. Retrieved from <https://hdl.handle.net/1887/43226>

Version: Not Applicable (or Unknown)

License:

Downloaded from: <https://hdl.handle.net/1887/43226>

Note: To cite this publication please use the final published version (if applicable).

Bron: Kort, J.F. de (2003), 'Aufstieg in die erste Welt oder Abstieg in die dritte? Zur aktuellen Entwicklung in Russland', in: Nora Furhmann, Eva Schmoly, Ravinder Stephan Singh Sud (Hg.), *Gegen den Strich. Ökonomische Theorie und politische Regulierung*, Rainer Hampp Verlag, München und Mehring, 2003, pp. 177-185.

Aufstieg in die erste Welt oder Abstieg in die dritte?

Zur aktuellen Entwicklung in Rußland

*Joop de Kort**

Einführung

Zum Abschied unseres gemeinsamen Kollegen aus Tilburg, Wim Boerboom, schrieb Jörg Glombowski 1998 eine Abhandlung über den Transformationsprozeß und was der IWF, die OESO und die Weltbank darüber (nicht) sagen. [1] Er kritisierte die Experten dieser Institutionen deswegen, weil sie die Mängel der Transformation nicht anhand von Tatsachen und realen Gründen darlegen, sondern sich vor allem auf normative Betrachtungen, Leitlinien und allgemeine Ratschläge beschränken. Das Leitmotiv ist: wenn du werden willst wie wir, mußt du auch wie wir handeln. Die Experten verengen die Transformation auf eine rein wirtschaftliche, in der die Liberalisierung der Preisgestaltung und des Außenhandels, einschließlich Währungskonvertibilität, die Privatisierung und Umstrukturierung fast aller wirtschaftlicher Sektoren, die makroökonomische Stabilisierung und die Gründung von Institutionen, die zu einer Marktwirtschaft gehören, durch den Staat die notwendigsten Änderungen sind. Im politischen Bereich formulieren die Experten kein Modell, sondern beschränken sich auf eine funktionalistische Staatstheorie.

Das Leitmotiv der Experten wird auch kritisiert von Roland [2], der eine evolutionär-institutionelle Perspektive einnimmt, die aufbaut auf einem modernen mikroökonomischen (unter Benutzung nicht-kooperativer Spieltheorie), evolutionären Ansatz. Dieser ist skeptischer, was die Kenntnis wirtschaftlicher und sozialer Systeme und ihre Transformation betrifft. Einer der wichtigsten Unterschiede zum Washington-Konsens-Ansatz ist, daß die hohe Anzahl von Koordinationsproblemen zu einer großen Anzahl an Gleichgewichten führt und daß es deswegen unmöglich ist

zu wissen, welches Gleichgewicht erreicht wird und warum. Die evolutionär-institutionelle Perspektive ist optimistischer als der Washington-Konsens in bezug auf partielle Reformen, weil diese nicht, wie der Washington-Konsens behauptet, bestimmten Interessengruppen Renten ermöglichen und damit weitere Reformen erschweren, sondern einen Impuls für weitere Reformen liefern können. Damit schließt diese Perspektive eine politische Analyse ein, weil der Reformablauf auch von politischer Durchsetzbarkeit bestimmt wird. Rolands Ansicht nach liefert die evolutionär-institutionelle Perspektive eine bessere Erklärung für die Ereignisse im Übergangsprozeß; gleichzeitig bietet sie bessere Aussichten für eine Theorie der Transformation.

Während der Washington-Konsens ein eindeutiges Programm befürwortet, ist die evolutionär-institutionelle Perspektive sehr viel vorsichtiger, Aussagen über zukünftige Entwicklungen zu machen und Ratschläge zu erteilen. Diese Zurückhaltung paßt natürlich besser zu einem skeptischen Ansatz, was die Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge angeht, enttäuscht aber andererseits doch etwas.

Die Transformationsdiskussion bezieht sich hauptsächlich auf den Übergang von der Planwirtschaft zu einer Art westlich-inspirierter Marktwirtschaft. Das ist bemerkenswert, denn in der sogenannten Dritten Welt gibt es auch andersgeartete Marktwirtschaften, die ausführlich analysiert beschrieben wurden bzw. es noch immer werden. Und warum sollte der Transformationsprozeß eigentlich nicht die ehemaligen Planwirtschaften auf den Stand von Entwicklungsländern führen? Diese Frage scheint mir nicht unwichtig zu sein. Die Autoren der Washington-Konsens, mit ihrem Bezugsrahmen, werden von ihren Vorstellungen dadurch natürlich nicht abrücken, aber für die Autoren der evolutionär-institutionellen Perspektive kann meiner Ansicht nach die Literatur zur Entwicklungsökonomie sehr wertvoll sein.

In diesem Beitrag werde ich einige Charakteristika, die in einer Standardarbeit [3] zur Entwicklungsökonomie als für Entwicklungsländer typisch beschrieben werden, für Rußland untersuchen. Zu denken ist dabei an ein niedriges Investitionsniveau; eine unsichere Rechtslage und viel Korruption; einen großen Anteil der informellen Wirtschaft an der Gesamtökonomie und Produktion auf Subsistenzniveau; eine große Einkommensungleichheit und eine wachsende Diskrepanz zwischen Regionen bezüglich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Ich denke dabei, daß das, was für Rußland gilt, auch für die anderen ehemaligen Republiken der Sowjetunion Gültigkeit

hat, aber daß für die ehemaligen europäischen Bruderstaaten, die in Kürze der Europäischen Union beitreten werden, die Situation anders ist.

Makroökonomie versus Mikroökonomie

Die Wachstumsraten Rußlands sind in den neunziger Jahren überwiegend negativ gewesen. Nur 1997 und seit 1999 gibt es Wachstum. Das Sozialprodukt lag 2000 angeblich nur bei 63 % des Wertes von 1989. [4] In einem paper bestreitet Åslund allerdings diesen Rückgang des russischen Nationaleinkommens. [5] Als Gründe gibt er an, daß die Sowjetwirtschaft stets in einer viel schlechteren Lage war als westlicherseits gedacht, daß in der Sowjetunion die Produktion immer übertrieben hoch dargestellt wurde, daß aber andererseits im heutigen Rußland die Produktion aus Steuergründen viel zu niedrig angegeben wird. Darüber hinaus ist die Schattenwirtschaft explodiert. Åslund schätzt diesen Teil der Wirtschaft für Rußland auf 41,5 % im Jahr 1995. Daraus folgt, daß es Rußland viel besser geht, als die offiziellen Statistiken angeben. Weiterhin argumentiert Åslund, daß die Finanzkrise von 1998 gewirkt hat wie ein "wake up call" und daß die Aussichten sehr gut sind. Auch der IWF ist in seinem letzten Bericht über Rußland überwiegend positiv [6], und wenn man die IMF-Website liest, dominieren die positiven Aussagen. Nach jeder (Mini-)Krise wird betont, daß jetzt der Aufschwung eingesetzt hat und die Aussichten günstig sind.

Reservierter ist Clifford Gaddy, der unterscheidet zwischen makroökonomischen Kennzahlen wie BNP, Inflation, Handelsbilanz und industriellem Wachstum, die gut aussehen, und mikroökonomischen Indizes, die beunruhigend sind und Anlaß geben zu untersuchen, was wirklich vorgeht in Rußlands Wirtschaft und wie die langfristigen Aussichten sind. [7] Thanner [8] drückt es noch drastischer aus, indem er drei Etappen der russischen Reformen unterscheidet: Einer Sturm- und Drangphase (1992/93) folgt eine Zeit der Stabilisierung und des Imagegewinns (1994/96), danach beginnt der jähe Absturz.

Eine zentrale Rolle in der mehr pessimistischen Betrachtungsweise spielt, was die Autoren Clifford Gaddy und Barry Ickes die virtuelle Wirtschaft nennen und wie folgt definieren: "a set of informal institutions that permits the production and exchange of goods that are value subtracting". [9] Die virtuelle Wirtschaft ist eng verbunden mit der Tauschwirtschaft, soll aber nicht damit gleichgesetzt werden. Die Tauschwirtschaft hat sich in der Zeit hoher Inflation (1992/93/94) entwickelt, hat sich

aber später, als die Inflation unter Kontrolle gebracht war, wegen Liquiditätsbeschränkungen nicht zurückentwickelt, sondern erhalten (1995-1998). Auch Steuergründe und gesetzliche Buchführungsprinzipien, sowie die nachlässige Zahlungsdziplin des Staates haben zum Entstehen der Tauschwirtschaft beigetragen. [10] Die Tauschwirtschaft war aber nur ein Instrument der virtuellen Wirtschaft, die dadurch gekennzeichnet ist, daß profitable Sektoren, hauptsächlich die Energie- und Rohstoffsektoren, die verlustmachenden Sektoren unterstützen.

Gaddy und Ickes illustrieren anhand eines zweidimensionalen Diagramms, daß ein Unternehmen - um zu überleben - die Wahl hat, entweder in die Umstrukturierung des Betriebs zu investieren, um damit ein rentables Unternehmen im Markt zu werden, oder in ein gutes Verhältnis zu den Staatsbehörden zu investieren, um damit ein verlustreiches Unternehmen in der sogenannten virtuellen Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Die Finanzierung der Verluste muß letztendlich von den großen Energieunternehmen, die sehr rentabel sind im (internationalen) Markt, übernommen werden. Die Mithilfe dieser Unternehmen wird dadurch erzwungen, daß sie dem Staat Steuern schulden.

Die Unternehmen sind in der virtuellen Wirtschaft gefangen, weil monetäre Transaktionen eigentlich einträglicher Unternehmen ihre Position aufdecken und damit ihre Verhandlungsposition dem Staat gegenüber geschwächt wird. Verlustunternehmen (und das sind die meisten) entfernen sich aus Mangel an Investitionen immer weiter von der Rentabilität. Oftmals sind die Unternehmen überhaupt nicht mehr in der Lage, bestimmten Output zu produzieren; sie verlieren damit auch die Möglichkeit, in der virtuellen Wirtschaft zu operieren. Es bleibt nur noch die Schrumpfung zur Subsistenz. Sie produzieren dann nur, was immer Sie noch produzieren können mit ihren veralteten Maschinen und verkaufen diese Güter auf dem lokalen Markt oder produzieren nur für den eigenen Verbrauch. Die Wirtschaft Rußlands muß daher von Grund auf neu aufgebaut werden.

Investitionen und Privatisierung

Die Frage ist, ob das Land dazu imstande ist. Die Handelsbilanz ist zwar positiv, aber das war sie während der neunziger Jahre durchgängig. Dabei wurde keine mikroökonomische Umstrukturierung geschaffen. Gleichzeitig gab es nämlich riesige Kapitalexporten; man spricht von mehr als 10 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Die Kapitalflucht hat auch dazu beigetragen, daß der Staat große Probleme hat, sein

Defizit zu finanzieren. Darüber hinaus sind die Kapitalflucht während der Inflationszeit vor 1995, und der sich immer mehr ausdehnende Markt kurzfristiger Staatspapiere seit 1995 die große Ursache für fehlende Direktinvestitionen in Rußland.

Die Ersparnisse in Rußland sind niedrig, zusätzlich tauschen die Bürger ihre Rubel in amerikanische Dollars. Es sollen Milliarden Dollar in Rußland im Umlauf sein. Aber die Investitionen sind auch noch aus anderen Gründen zurück geblieben. Das russische Bankwesen ist noch immer sehr unterentwickelt. In der Zeit der Planwirtschaft kannte die Sowjetunion nur ein Ein-Bank-System, das nicht viel mehr als eine reine Buchführungsfunktion ausgeübt hat. Die Staatsbank, Gosbank, war verantwortlich für die dem Plan gemäßen Zahlungen, weil die Betriebe keinen unabhängigen Zugang zu ihren Bankkonten hatten. Für Individuen gab es die Staatssparkasse, Sberbank, die noch immer mit Abstand größte Bank Rußlands. In den Jahren der Perestrojka wurden viele Banken gegründet, anfänglich von Betrieben, die sich, da sie Planaufträge durch Staatsaufträge substituierten und deshalb nicht mehr automatisch von Gosbank Kredite erhielten, für ihre Produktion den Zugang zu Krediten erhalten wollten. Gosbank deckte aber automatisch Kredite von Banken auf. Die Banken haben sich in den Jahren unter Jelzsin verselbständigt, weisen aber keine guten Bilanzen auf. Die meisten haben ihr Geld verdient während der Inflationszeit, und zwar mit Krediten an den Staat, nicht aber mit Krediten an Betriebe. Der Mangel an geeigneten Sicherheiten machte es fast unmöglich, die Kreditwürdigkeit von Betrieben festzustellen. Zusätzlich war die volkswirtschaftliche Lage sehr instabil und von Warentausch dominiert. Ob ein Betrieb Überlebenschancen hatte im Markt, war auch nicht ansatzweise zu prognostizieren. Die Finanzkrise von 1998 führte viele Banken faktisch zum Bankrott. Darüber hinaus waren die einzelnen Banken meist zu klein, um Investitionsprojekte alleine zu finanzieren. Hier waren und wären immer Bankkonsortien nötig.

Auch die Börse hat nicht für die Finanzierung zusätzlicher Investitionen sorgen können. Obwohl die umfangreiche Privatisierung viele Aktien im Umlauf gebracht hat, und die Moskauer Börse 1996 die rentabelste der ganzen Welt war (aber 1997 auch die verlustreichste), ist der Umsatz an Aktien nicht sehr groß. Es hat auch kaum Emissionen gegeben. Die Privatisierung bot keinen Anlaß zu großem "Fremdbesitz" von Betrieben. Bei der Privatisierung wurden Arbeitnehmer und Manager eines Betriebes bevorzugt. Mehrheitlich haben sie die sogenannte Option 2

gewählt, in der sie 51 Prozent der Aktien ihrer eigenen Betriebe kaufen konnten zum 1,7fachen des Buchwertes. Der zusätzliche Verkauf weiterer 29 % in öffentlichen Auktionen wurde oftmals von den Betrieben, die ihren eigenen Verkauf organisieren mußten, manipuliert. [9]

Diese Art von Privatisierung ähnelt einer Lotterie. Es war reiner Zufall, ob die neuen Besitzer der Unternehmen ein profitables oder ein verlustbringendes Unternehmen "gewonnen" hatten. Es hat sich gezeigt, daß die Privatisierung eigentlich nur wenige Gewinnlose gehabt hat, und diese befinden sich im Energiesektor und dem Sektor, der Rohstoffe abbaut. Weil die Einkünfte aus der Privatisierungslotterie in hohem Maße ungleich verteilt sind, gibt es eine Art impliziten Abkommens, daß die Gewinner die Verlierer kompensieren, um nicht die ganze Privatisierung erneut - und anders - vornehmen zu müssen.

Die Ungleichbehandlung wird noch verstärkt durch die 1995 und 1996 vorgenommenen sogenannten "loans for shares"-Privatisierungen, die ein Dutzend wertvoller Betriebe im Energie- und Rohstoffsektor den sogenannten Oligarchen [12] in die Hände gespielt haben.

So hat die Privatisierung zwar neue Eigentümer gebracht, aber diese hatten nicht die Mittel für notwendige Investitionen. Ausländer hätten vielleicht eher Mittel und Möglichkeiten gehabt, aber sie waren von den meisten Auktionen ausgeschlossen.

Eine besondere Situation gilt in der Landwirtschaft. Erst 2002 wurde ein Gesetz verabschiedet, das unter bestimmten Voraussetzungen Privateigentum von Ackerland gestattet. Lange Zeit war die Lage in der Landwirtschaft vollkommen unübersichtlich, und obwohl die alten sowjetischen Kolchosen und Sovchosen privatisiert sind, sind sie eigentlich nicht aufgelöst. Agrarpreise wurden auch nach der Preisfreigabe vom Januar 1992 weiterhin kontrolliert. Der Staat hat keine Mittel für Investitionen bereitgestellt, und weil alles Land noch Staatseigentum war, konnten die bäuerlichen Betriebe kein Land als Sicherheit für Kredite geben. Mitarbeiter hatten zwar die Möglichkeit, ein Grundstück zu pachten, aber diese Möglichkeit ist kaum genutzt worden.

Subsistenzwirtschaft und Staatsverhalten

Wie oben angedeutet, ist ein Kennzeichen der Wirtschaft Rußlands, gemäß der Analyse einer virtuellen Wirtschaft, die Schrumpfung der Industrie. Auch die landwirtschaftliche Lage ist nicht sehr hoffnungsvoll. Die Reformen haben die

Agrarproduktion, wie die Produktion in anderen Wirtschaftsbereichen auch, um rund 40 Prozent gesenkt. [13] Dabei hat sich die Struktur der Agrarproduktion auch geändert. Die Viehzucht ging um sehr viel mehr zurück als der Getreideanbau. Die Datschagärten sind unvermindert sehr wichtig für die Produktion von Nahrungsmitteln. Der Anteil an Haushaltsgärten ist ständig gestiegen und bildet jetzt fast 60 Prozent der gesamten Produktion. Getreide und Zuckerrüben werden noch immer von den großen Betrieben produziert, aber das russischste aller Nahrungsmittel, die Kartoffel, wird zu mehr als 90 Prozent in Datschagärten produziert. Auch die Produktion von Gemüse findet hauptsächlich in Datschagärten statt. In der Mitte der neunziger Jahre hat Rußland sogar Nahrungshilfe akzeptieren müssen, obwohl die meiste Hilfe unverzüglich in der illegalen Wirtschaft verschwand.

Die Direktinvestitionen seitens des Auslandes in Rußland waren ganz bescheiden. Das hängt natürlich teilweise damit zusammen, daß die Kapitalflucht so umfangreich ist. Wenn russische Unternehmer ihr Vermögen ins Ausland bringen, so ist das ein Zeichen für Ausländer, um nicht in Rußland zu investieren. In der Presse gab es dauernd Berichte über die Schwierigkeiten, die Unternehmen in Rußland gehabt haben. Nach wie vor sind politische Beziehungen sehr wichtig, um nicht von besonderen Steuermaßnahmen, Zollformalitäten oder anderen Forderungen belästigt zu werden. Auch die russische Mafia ist sehr aktiv, weil die Korruption umfangreich ist. [14] Die neunziger Jahre sind auch gekennzeichnet durch einen Streit zwischen Moskau und den Regionen, was sich niederschlägt in einer Art Staatsvakuum und Unsicherheit. Diese Entwicklungen wirken sich nicht nur schlecht aus auf das Investitionsklima, sondern untergraben auch das Vertrauen der Bürger in den Staat. Mithin wird es immer schwieriger, einen stabilen Staat zu bilden. [15] Die Bevölkerung Rußlands hat sich in den letzten zehn Jahren um 4 Millionen verringert. Obwohl die Migration zwischen den ehemaligen Staaten der Sowjetunion dabei eine Rolle gespielt hat, hat sich auch die Lebenserwartung, insbesondere die der Männer, ganz deutlich nach unten entwickelt. Der Transformationsprozeß hat zu einer erheblichen Zunahme des Alkoholismus geführt; russische Männer werden heutzutage durchschnittlich nicht älter als 59 Jahre. (Lebenserwartung bei Geburt) Vor zehn Jahren waren es noch 63 Jahre. (Für Frauen sind die entsprechenden Zahlen 72 bzw. 74 Jahre.) Zudem hat sich die Gesundheitslage im allgemeinen verschlechtert. Dem Gesundheitswesen mangelt es an Mitteln, um gut funktionieren zu können, und es gibt

wieder Berichte von Krankheiten wie Typhus, Diphtherie, die in der Zeit der Sowjetunion ausgerottet waren. Die Prävention von Krankheiten wird erschwert durch schlechte Hygiene in den privaten Nahrungsmärkten wie auch die Beschränkung medizinischer Vorsorge in privatisierten Betrieben [16] Die medizinische Infrastruktur zerfällt sehr schnell; sie ist nur noch reichen Leuten zugänglich.

Auch das Bildungswesen kämpft mit Mangel an Mitteln. Die Lehrer und Lehrerinnen werden schlecht oder gar nicht entlohnt und müssen anderswo Arbeit suchen. Analphabetismus gibt es zwar noch nicht, aber das große Problem der (Aus-)Bildung ist, daß sie nicht anschließt bei den Forderungen einer Marktwirtschaft. In der Sowjetzeit wurde die literarische und technische Bildung betont, aber die wirtschaftliche Bildung war Teil der Ideologie. Rechnungsführung, Marketing, Finanzwissenschaft, Organisationslehre, Wirtschaftslehre war kein Teilgebiet der Bildung. Die Transformation bedeutet eine große Vernichtung von "Human-Kapital" das in der Sowjetzeit wertvoll war. Hohe Investitionen in den Aufbau neuen "Human-Kapitals" sind notwendig, damit die Marktwirtschaft funktionieren kann.

Der Mangel an Investitionen in jedem Bereich wie auch die Schrumpfung zur Subsistenz in vielen Industrien deutet auf eine Vernichtung von physischem und Humankapital. Die oben präsentierte virtuelle Wirtschaft bietet dafür einen guten Beleg, weil sie gute Beziehungen, z. B. zu Behörden, wie in der Sowjetzeit, hoch schätzt und keinen Wert legt auf eine wirtschaftliche Betriebsführung.

Eigentlich entwickeln sich nur Moskau und in geringerem Maße St. Petersburg zu wirtschaftlich reichen Gebieten. In der Sowjetzeit wurden viele Industrien in abgelegenen und klimatisch unwirtlichen Gebieten angesiedelt. Um in der Zukunft wieder gewinnbringend zu werden, müßten die Betriebe aus diesen Gebieten wegziehen und ihre Aktivitäten andernorts fortsetzen. [17] In vielen dieser Gebiete gibt es kaum noch Infrastruktur-Investitionen. Schon jetzt gibt es sogenannte "Geisterstädte", aus denen die meisten Menschen in andere Gebiete übersiedeln. Der Wohnungsmarkt in Rußland bietet aber nicht genug Wohnungen in relativ attraktiven Orten wie Moskau, St Petersburg oder den südlichen Regionen. Viele Menschen sind deswegen gezwungen, in den Industriestädten aus der Zeit der Sowjets zu bleiben und dort für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Zusammenfassung und Schlußbemerkungen

Setzen wir die obigen Bausteine zusammen, entsteht ein Bild eines Landes, das - laut den Handbüchern der Entwicklungsökonomie - charakteristisch für Entwicklungsländer ist. Es wird nicht investiert, weil das Eigentum noch nicht gesichert ist, die Mafia ihren Teil fordert und Korruption weit verbreitet ist. Der Staat ist noch nicht gefestigt. Um "ihre" Betriebe zu unterstützen, handeln die Regionalbehörden oft anders, als die Bundesbehörden das wünschen. Die makroökonomischen Wachstumsraten der letzten Jahre wurden von steigenden Ölpreisen und einer Abwertung des Rubel 1998 verursacht. Der Export von Öl und anderen Rohstoffen machte den Großteil der Güterexporte aus. [18] Das hat aber noch nicht zu einem Investitionswachstum und umfangreicher Umstrukturierung geführt. Eher hat es den sowjetischen Betrieben eine neue Atempause geboten, um die Umstrukturierung hinaus zu schieben. Noch immer gibt es eine erhebliche Kapitalflucht. [19] Der Nahrungsanbau für den eigenen Konsum oder für den lokalen Markt macht einen wesentlichen Teil der gesamten landwirtschaftlichen Produktion aus. Der Warentausch signalisiert einerseits eine informelle Ökonomie, andererseits das staatliche Unvermögen, das Monopol bezüglich Geld zu bekommen. Die Gesundheitslage hat sich wesentlich verschlechtert. Die Einkommensverteilung ist extrem schief geworden und viel mehr Russen als in der sowjetischen Zeit leben jetzt in Armut. Dagegen hat sich eine kleine Gruppe sehr bereichert. Es gibt auch große geographische Unterschiede. Die Lage in Moskau und St. Petersburg ist viel besser als im Rest des Landes.

Die Ähnlichkeit mit Entwicklungsländern macht Rußland natürlich noch nicht zu einem solchen. Der russische Staat ist nicht Instrument einer kleinen Clique, die ohne Rücksicht auf andere ihren eigenen Interessen nachstrebt. Es gibt viele politische und soziale Kräfte, die die Entwicklung Rußlands mitformen. Die obersten staatlichen Autoritäten, Präsident, Regierung und Parlament sind sehr aktiv, um ein funktionierendes Rechtssystem aufzubauen. [20] Zweifellos sind noch andere Entwicklungen zu deuten, die in die eine oder die andere Richtung weisen, aber die automatische Annahme, daß Rußland mit seinem Rohstoffreichtum, seiner industriellen Basis und gebildeten Bevölkerung sich in Richtung westlicher Marktwirtschaften entwickelt, scheint mir nicht gut begründet, sondern ideologisch zu sein. Ich plädiere daher dafür, die Arbeiten über Entwicklungsländer bei der Analyse

Rußlands einzubeziehen. Ein erster Blick, wie ich ihn in diesem Aufsatz gemacht habe, zeigt zu viele Übereinstimmungen, um diese Studien zu ignorieren.

* Ich danke Georg Tillmann für seine Hilfe, mein Deutsch korrigiert und mich auf Fehler und Ungenauigkeiten aufmerksam gemacht zu haben. Sollte der Leser weitere entdecken, bitte ich um Kontaktaufnahme.

[1] Jörg Glombowski, Transitie, en wat het IMF, de OESO en de Wereldbank er (niet) over zeggen; in: Bart van Riel, Leo van Eerden, Sjef Stoop, Clemens van Diek (red), Het kapitalisme sinds de jaren '70, Tilburg University Press, 1998, pp. 119-134

[2] Gérard Roland, Ten Years After... Transition and Economics, IMF Staff Papers, Vol 48, 2001 pp.29-52

[3] z.B. Michael Todaro, Economics for a Developing World. An Introduction to principles, problems and policies for development, 3rd ed. Longman, 1992

[4] EBRD, Transition Report, 2001

[5] Anders Åslund, The Myth of Output Collapse after Communism, WP 18. March 2001, Carnegie Endowment for International Peace

[6] IMF Country Report No. 02/75. Der IMF war auch in seinem 2000 IMF Staff Country Report 00/150 sehr positiv bezüglich der weiteren Entwicklung.

[7] The Russia Journal, interview by Michael Heath with Clifford Gaddy, nov. 16, 2001

[8] Benedikt Thanner, Systemtransformation: Ein Mythos verblaßt. Der tiefe Fall Rußlands: Von der Plan- zur Subsistenzwirtschaft Osteuropa-Wirtschaft, 44. Jhg.3/1999, 196-225)

[9] Clifford Gaddy and Barry Ickes, Russia's Virtual Economy, Brookings Institutions Press, 2002; Roland Götz, Wie virtuell ist die postsowjetische Tauschwirtschaft, Osteuropa-Wirtschaft, 45. Jhg. 3/2000, 276-297

[10] In der Tauschwirtschaft werden Güter als Zahlung akzeptiert. Es ist aber nicht gestattet, diese Güter unter ihrem "Preis" in Geld zu tauschen. Deshalb werden sie wieder als Tauschmittel eingesetzt, aber zu einem höheren Preis. Die relativen Preise müssen sich dadurch nicht ändern. Dadurch wird "der Schleier, der über der Wirtschaft liegt", immer größer.

[11] Blasi, Joseph, Maya Kroumova and Douglas Kruse, Kremlin Capitalism, ILR Press, 1997; Frydman, Roman, Kenneth Murphy and Andrzej Rapaczynski, Capitalism with a Comrade's Face, CEU Press, 1998.

[12] Die Oligarchen sind eine kleine Gruppe von Geschäftemachern, die in den chaotischen Zeiten viel Reichtum angesammelt und die Neuwahl Jelzins nachhaltig unterstützt haben, siehe Blasi u.a.

[13] William Liefert, Agricultural Reform: Major Commodity Restructuring but Little Institutional Change; in: Russia's Uncertain Future. Compendium of Papers submitted to the Joint Committee Congress of the United States, december 2002

[14] In der Korruptionsrangliste 2001 von www.transparency.org befindet Rußland sich auf Platz 81 von 91 Staaten.

[15] Gustafson, Thane, Capitalism Russian Style, Cambridge University Press, 1999; Hedlund, Stefan, Russia's "Market" Economy. A bad case of predatory capitalism, UCL Press, 1999

[16] Davis, Christopher, The Health Sector: Illness, Medical Care and Mortality; in: Brigitte Granville and Peter Openheimer (eds), Russia's Post-Communist Economy, Oxford University Press, 2001, pp. 475-538

[17] Siehe z. B. Allen Lynch, Roots of Russia's Economic Dilemmas: Liberal Economics and Illiberal Geography, Europe-Asia Studies, Vol. 54, No. 1, 2002, 31-49

[18] Im Jahr 2000 machten Öl, Ölprodukte, Kohle, Elektrizität, Gas und bestimmte Metalle 54 % des gesamten Exportes aus. Eisenhaltige Erze und Mineralien sowie Edelsteine bildeten weitere 22 % des Exportes. Statistisches Jahrbuch Rußlands, tabell 24.10, 24.16

[19] Die Kapitalflucht wird geringer; russisches Fluchtkapital kommt z.B. aus Zypern zurück nach Rußland. Der Grund dafür muss aber eher in Zyperns Anschluß an die Europäische Union gesucht werden als irgendwo anders.

[20] z. B. Ger van den Berg, Russia's Constitutional Court: A Decade of Legal Reforms, part 1 Summaries of Judicial Rulings, Review of Central and East European Law, vol. 27, nos 2-3, 2001, part 2, The Constitution of the Russian Federation Annotated, idem, forthcoming

Joop de Kort, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und Fachbereich Rußlandstudien, Universität Leiden, hat in 1994, in Tilburg, bei Jörg Glombowski promoviert. Er hat mit Jörg über Zentralplanung und die Entwicklungen in Rußland publiziert. Weitere Beiträge gibt es in Bereich Transformation und Internationale Wirtschaftsverhältnisse.